Internationaler Versöhnungsbund
seit 1914 gewaltfrei aktiv gegen Unrecht und Krieg

Versöhnung
Rundbrief 3/2020

Schweigekreis Köln

https://www.facebook.com/Pax-Christi-Gruppe-Köln-531608617349045/

Außerdem:
- Der Libanon vor internen und externen Herausforderungen
- Atomwaffen: die Nukleare Gefangenschaft beenden!
- 75 Jahre Hiroshima und Nagasaki

Einzelheft 2€

Inhaltsverzeichnis

Hiroshima und Nagasaki mahnen: 3
Was nach Corona kommt,
wenn es ein danach gibt 3
Tornado-Piloten sollen nukleare
Teilhabe verweigern..... 5
Atomwaffen: Die Nukleare Gefangenschaft
beenden! 5
Der Libanon vor internen und externen
Herausforderungen - Aufruf zur Hilfe 8
75 Jahre Hiroshima und Nagasaki 11
Im Blick: Hausener Friedenskreis in der EKM..... 13
Fürsorge für mich und andere 15
Engelke Matthias-W: Zelt der Friedensmacher. ... 16
Philosophie des Migrationsrechts. 17
Termine 18

Bild von Ying Lin-Sill

https://maps.app.goo.gl/oHs2Mez3P-qkqtH6P8

Internationale Öffentliche Fastenaktion
jährlich seit 2010 - bis zum Abzug der Atomwaffen der Vereinigten Staaten von Amerika aus Deutschland (Büchel). Zur Erinnerung an die Vernichtung von Hiroshima und Nagasaki durch Atombomben der Vereinigten Staaten von Amerika am 6. und 9. August 1945.
Die 11. internationale Fastenaktion für den Abzug der Atomwaffen der Vereinigten Staaten von Amerika aus Deutschland/ Büchel und eine atomwaffenfreie Welt fand vom 26. Juli bis 9. August 2020 statt.
Sie hat zwei Ausrichtungen. Sie wendet sich an die Bürger: Geht auf die Straße! Fordert den Abzug der Atomwaffen der Vereinigten Staaten von Amerika aus Deutschland!
Und sie richtet an die Bürger in Uniform: Bekennt euch zu euren Zweifeln und Fragen zur Atombombe und nehmt das Recht in Anspruch, zu erklären, damit nichts zu tun haben zu wollen. Denn auch so kann die sogenannte nukleare Teilhabe beendet werden.
Vom 28. Juli bis 7. August 20209 stand das Fastenzelt in Mainz, eingeladen vom Friedenskreis, der Regionalgruppe des Internationalen Versöhnungsbundes Mainz.

Matthias-W. Engelke

Impressum

Versöhnung. Rundbrief 3/2020
Herausgeber: Versöhnungsbund e.V.
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden
T 0571-850875
F 0571-8292387
E vb@versoehnungsbund.de
I www.versoehnungsbund.de

Verantwortlich für diese Ausgabe:
Rudolf Mehl, Maxi Matzanke, Berthold Keunecke, Clemens Holz, Dagmar Schulte, Dietlinde Haug
Für den Inhalt der Artikel sind ausschließlich die jeweiligen Autor*innen verantwortlich.

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe:
31.10.2020

Referat für Friedensfragen:
Clemens Ronnefeldt
A.-v.-Humboldt-Weg 8a, 85354 Freising
E c.ronnefeldt@t-online.de
T 08161-547015
F 08161-54716

Marion Küpker
Beckstr. 14, 20357 Hamburg
E mariongaaa@gmx.de
T 0172/ 7713266

Spendenkonto:
Versöhnungsbund e.V.
GLS Bank
IBAN: DE40 4306 0967 0033 6655 00
BIC: GENODEM1GLS

Druck und Versand:
Knotenpunkt Offsetdruck GmbH, Buch/ Hunsrück

Das Heft ist gedruckt auf Recyclingpapier, zertifiziert mit dem Umweltzeichen Blauer Engel.

Hiroshima und Nagasaki mahnen: Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag jetzt!

Am Sonntag, 09. August 2020, dem 75. Jahrestag des Atombombenabwurfs auf Nagasaki, luden die Kölner pax christi-Gruppe und die Kölner Regionalgruppe des Internationalen Versöhnungsbunds ein zu einem Schweigekreis rund um die Chorweiler Friedensglocke. Um 11.02 Uhr, dem Zeitpunkt des Abwurfs der Bombe, wurde die Friedensglocke geläutet zum Gedenken an die vielen Toten und Verletzten.

Auf stille, meditative Weise sind die Teilnehmenden des Schweigekreises für folgende Forderungen eingetreten:

- Der Besitz, die Lagerung und Pläne zum Einsatz von Atomwaffen müssen weltweit geächtet und verboten werden – auch in Deutschland.
- Die Bundesrepublik Deutschland muss dem UN-Atomwaffen-Verbotsvertrag endlich beitreten.
- Die 20 Atombomben in Büchel in Rheinland-Pfalz müssen abgezogen werden.

https://www.facebook.com/Pax-Christi-Gruppe-Köln-531608617349045/

Was nach Corona kommt, wenn es ein danach gibt

Harald Riese fragt sich: Was hat unser Rundbrief mit dem IST- Zustand zu tun?

Täglich begegne ich Corona, eine gute Freundin ist sie geworden. Oder unerbitterliche?

Heute, am Donnerstag, den 18. Juni 2020, erhalte ich einen Brief von Wikipedia. Gleich auf der Umschlagseite werde ich aufgefordert: Corona-Krise: Ihre Spende stärkt den Wissenstransfer. Der zweite Brief kommt von CiR, Christliche Initiative Romero, mit presente, dem Bulletin der CiR. Gestern traf „jesuitenweltweit“ ein. Dazu kann ich die Aufrufe addieren in E-Mails – nur die von dieser Woche und die unvermeidliche Bitte, etwas zu spenden, und fast immer mit dem Hinweis: Corona.

Täglich werden mir mit der Tageszeitung und einer Auf- und Abwärts-Kurve der Blick auf „Infizierte“ geöffnet. Hier für Bayern. Täglich kann ich im DLF die aktuellen Zahlen für ganz Deutschland hören.

Was macht das mit mir? Lese ich, höre ich darüber hinweg? Dazu kommen nahezu unendlich viele Links, gut gemeinte, von Freundinnen und Freunden, mit denen ich aufmerksam gemacht werde auf diese und jene Publikationen zum Thema des Tages: Corona.

Ich habe neue Begriffe gelernt. Es gibt „fremdbetreuungsverwöhnte“ Eltern. Kinder werden vor dem Fernseher geparkt. Strömungswissenschaftler untersuchen die Eigenschaften von Aerosolen. Es gibt „Fensterkonzerte“. Schockstarre löst sich. Emotionsregulation. Lockdown, Shutdown, Niesetikette, Social distancing, Präventionsparadox, unsere Bundeskanzlerin sprach von Öffnungsdiskussions-Orgien.

Wir haben Karfreitag, dann das große Fest der Christenheit, Ostern, so anders erlebt, wie ich mir das mein Leben lang nicht habe vorstellen können. Ich bin 1940 geboren.

Mitten in der Corona-Krise will ich mich äußern zu einem gerade besonders vernachlässigten Thema: Klimawandel heißt es bei den einen, bei anderen Klimakrise. Noch staunten wir über den azurblauen Himmel: keine Kondensstreifen, über autofreie Straßen, fast so wie damals bei der Ölkrise. Vieles war zum Stillstand gekommen. Wir haben nicht nur Angst vor dem Virus. Eine Angst, die uns rational, emotional in großen Teilen des Lebens völlig aus dem Gleichgewicht gebracht hat. Ich habe große Sorge, dass der Klimawandel über den Ereignissen der Pandemie sehr in den Hintergrund gerückt ist. Warum?

Was wird jetzt passieren? Endlich wieder so richtig durchstarten! Rein ins Flugzeug, abheben in die Malediven, eine Spritztour ins coronafreie Italien, oder doch lieber das Sonderangebot nutzen zu einer Kreuz-Schiffsreise am besten einmal

um die (ramponierte) Erde, wenn all das noch nicht dran ist, dann eben rein ins Auto und an die schönen Seen in unserer Nähe und wieder so richtig schlemmen.

Oder ganz anders:

Alles wieder vorbei? Werden wir Gottesdienste jetzt mit anderen Impulsen besuchen, das Hören auf Gottes Wort eine stärkende Kraft für uns werden? „Mit meinem Gott über die Mauern springen“ (Ps.18, 30), um neues Land zu entdecken. Werden unsere Erkenntnisse sein, dass „Gott auch auf krummen Linien gerade schreibt“?

Greta Thunberg stieß am 20.8.2018 mit ihrem Bekenntnis „Schulstreik für das Klima“ eine rasante Entwicklung gerade junger Menschen an: Fridays for Future wurde zum Signal für Millionen Menschen auf der ganzen Erde für den dringend notwendigen Klimawandel. Ein engagiertes Eintreten für eine aktive Arbeit daran darf nicht über der Corona-Krise verkümmern. Dazu sind die Folgen des unbegrenzten Wachstums zu einschneidend.

Werden wir aus den Erfahrungen der Corona-Krise, aufgewacht, uns nicht mehr Sand in die Augen streuen, sondern uns mit Energie den Herausforderungen stellen? Das Auto zuhause lassen – und nicht mit Ausreden seine Nutzung begründen, den Strom ausschalten, wenn wir ihn nicht zwingend brauchen, (Auch den Stand by – was so einfach ist und so viel Aufmerksamkeit verlangt), werden wir nicht nur mit plakativem „fair handeln“ werben sondern es auch tatsächlich versuchen, wenigstens versuchen – und das könnten wir ausweiten auf die Nutzung von Lebensmitteln. Die kaufen wir zukünftig hauptsächlich im Bio-Handel (und sagen nicht mehr, „wer weiß, ob das stimmt, ist das wirklich BIO?“) – und überhaupt „ist viel zu teuer!“ Werden wir die Bank endlich wechseln, wenn sie mit ihren Krediten den Bau von Atombomben oder Kanonen finanziert?

Nein, wir ändern, eben gerade mit der Erfahrung von Corona, unser alltägliches Leben bewusst und konsequent, lassen nicht nach, entschleunigen uns. Davon ist doch gerade viel die Rede. Werden findig auf der Suche nach dem Sinn des Lebens. Werden still, „ denn nur in der Stille kann die Wahrheit eines jeden Früchte ansetzen und Wurzeln schlagen“ (Antoine de Saint-Exupéry).

Unsere Kirchengemeinden haben uns beschenkt mit erbaulichen E-Mails, mit Anregungen für häusliche Andachten. Anstelle von Gottesdiensten konnten Menschen, die über die technische Möglichkeit verfügen, nun kleinere, ja sogar richtig große Gottesdienste per Internet empfangen. Auf verschiedensten Kanälen, auch im Rundfunk, wurde das Netz von religiösen Impulsen verstärkt. „Das geschah aber darum, damit wir unser Vertrauen nicht auf uns selbst sollen stellen, sondern auf Gott, der die Toten auferweckt“ sagt uns Paulus im 2. Brief an die Korinther. Viele, vielleicht die meisten Probleme dieser Welt sind menschengemacht. Doch haben wir von Gott auch viele Talente mitbekommen, um damit Gutes zu bewirken (Matth. 25, 14-20). Was sich doch gerade in den großartigen Bemühungen vieler Menschen in der Corona-Zeit offenbart: Sich anderen zuzuwenden auf die Art, die ihnen jeweils möglich ist. Ob in Fensterkonzerten, Einkaufen für den Nachbarn oder die Nachbarin, die dazu nur schwer oder gar nicht in der Lagen sind, oder ihren Hund ausführen, den kleineren Enkelkindern vorlesen, per Skype, vielleicht auch am Telefon, überhaupt Briefe schreiben an Menschen, an die man immer nur denkt – nun ist Schreiben angesagt oder wenigstens Telefonieren: Und auch nach der Corona-Zeit kann man ja das eine oder andere beibehalten. Vielleicht ist das dann der Effekt dieser schwierigen Zeit. „Dank sei Gott!“

So kann der Klimawandel sofort beginnen.

Der Themen sind viele.

Ich habe mir vom Bundestag ein Grundgesetz schicken lassen. Ich habe an einer Demonstration teilgenommen, an der es besonders um die Frage ging, haben die vielen Corona-Anordnungen unser GG ausgehöhlt, zu Fall gebracht – oder waren es not-wendende Maßnahmen, die schnelles Handeln von Politikern und Politikerinnen erzwangen?

Wo bleiben die Geflüchteten? Wo konnte ich weiterhelfen, wurde ich überhaupt noch gefragt, oder wurde alles mit Corona zugedeckt?

Grandios für mich das Engagement unseres EKD-Vorsitzenden Bedford-Strohm für die Seenotrettung. Und der Einsatz der Freiburgerin Zoe Katharina, die aktiv Menschen vorm Ertrinken rettet.

Ich empfehle Harald Welzer: Selbst Denken, Eine Anleitung zum Widerstand

Wolfgang Kessler: Die Kunst, den Kapitalismus zu ändern

Das ganze Unglück der Menschen rührt allein daher, dass sie nicht ruhig in einem Zimmer zu bleiben vermögen. (Blaise Pascal, lebte von 1623 bis 1666)

Niemand hat das Recht zu gehorchen (Hannah Arendt)

Tornado-Piloten sollen nukleare Teilhabe verweigern

Ein öffentlicher Appell aus der Friedensbewegung fordert die am Atomwaffen-Standort in Büchel tätigen Tornado-Pilotinnen und -Piloten auf, nicht länger an der nuklearen Teilhabe mitzuwirken. Der Appell, der u.a. in der Rhein-Zeitung am 20. Juni als Anzeige veröffentlicht ist und vorab an den Kommandeur des Geschwaders geschickt wurde, steht im Kontext der aktuellen Debatte um die Beschaffung neuer nuklearfähiger Kampfjets und ist von 127 Personen und 18 Organisationen unterzeichnet.

Die Pilotinnen und Piloten, die im Ernstfall die Atombomben abwerfen sollen, werden eindringlich auf die Völkerrechts- und Grundgesetzwidrigkeit von Atomwaffeneinsätzen und aller damit in Zusammenhang stehenden Unterstützungsleistungen hingewiesen. Es wird betont, dass entsprechende Befehle rechtswidrig seien und weder erteilt noch befolgt werden dürften. Als Beleg für die Rechtswidrigkeit wird auch die Taschenkarte der Bundeswehr zitiert, die deutschen Soldatinnen und Soldaten den Einsatz atomarer Waffen gemäß humanitärem Kriegsvölkerrecht ausdrücklich verbietet.

Der Appell fordert zugleich von Politikerinnen und Politikern, Bürgerinnen und Bürgern, sich für die Abschaffung der Atombomben und die Unterzeichnung des neuen UN-Atomwaffenverbotsvertrages einzusetzen.

Armin Lauven / Martin Singe (Initiatoren des Appells, pax christi Bonn)

Wortlaut des Appells:

https://www.bremerfriedensforum.de/1267/aktuelles/Aufruf-an-die-Tornado-Piloten-des-Taktischen-Luftwaffengeschwaders-33-am-Atombombenstandort-Buechel-zur-Verweigerung-der-Mitwirkung-an-der-nuklearen-Teilhabe/

Atomwaffen: Die Nukleare Gefangenschaft beenden!

Martin Singe erklärt, wie sich die Bundesregierung dem Völkerrecht widersetzt

Am 20. Juni 2020 veröffentlichte die Rhein-Zeitung einen Appell an die Tornado-Pilot*innen in Büchel, die weitere Mitwirkung an der „nuklearen Teilhabe“ zu verweigern. Der Aufruf erschien als Anzeige, unterzeichnet von rund 130 Personen und 20 Organisationen. Im FriedensForum 4/20 hatten wir den Aufruf auszugsweise dokumentiert. Ebenfalls in diesem Heft stellte Johannes Oehler die ICAN-Kampagne „Atombomber? Nein Danke!“ dar. Hier soll ausgeführt werden, welche Folgen und weitere Aktivitäten der Aufruf an die Tornado-Pilot*innen bewirkte.

Nach Veröffentlichung der Anzeige erschienen in der Rhein-Zeitung zwei ausführliche Artikel zur Problematik der Atomwaffen in Büchel. Die Redaktion der Zeitung hatte die Meinung der Regierung in Berlin zu dem Tornado-Appell eingeholt und in den Artikeln dargelegt. Der Aufruf und diese Artikel hatten einige Leserbriefe zur Folge, in denen kontrovers auf die im Appell vorgetragenen Argumente eingegangen wurde. Außerdem wurden in der Rhein-Zeitung, der FAZ, der taz und der jungen Welt Kleinanzeigen zum 3. Jahrestag des Atomwaffenverbotsvertrages (7.7.) mit dem Titel „Atomwaffen ächten!“ veröffentlicht. Im Publik-Forum erschien der Wortlaut des Appells, so dass insgesamt eine gute Breitenwirkung erreicht werden konnte. Etliche Organisationen haben den Appell auch auf ihre Internet-Seite gestellt.

Zwar hat kein*e Pilot*in den Atomwaffen-Dienst direkt verweigert – zumindest ist darüber öffentlich nichts bekannt –, aber wir wissen aus verschiedenen Rückmeldungen, dass die Debatte zum Thema vor Ort neue Intensität gewonnen hat – gerade auch im Kontext der Aktionswoche in Büchel Anfang Juli von ICAN und IPPNW sowie durch die regelmäßige Berichterstattung über die laufenden Prozesse in Cochem und Koblenz gegen Aktivist*innen, die mit Go-Ins auf die Völkerrechtswidrigkeit der Atomwaffen hingewiesen haben. Außerdem ist geplant, im Herbst eine Podiumsdiskussion vor Ort zu den Themenkreisen, die sich aus dem Appell ergeben, zu veranstalten. Dabei sollen auch die Chancen der Konversion des Militärplatzes für den Fall des Abzuges der Bomben debattiert werden. Die wirtschaftlichen Aspekte der Stationierung bzw. eines Abzugs der Bomben sind für etliche Menschen aus der Region natürlich sehr bedeutsam.

Die Initiatoren des Tornado-Aufrufes hatten parallel zu dessen Veröffentlichung Briefe an den Kommandeur des Tornado-Geschwaders und an die Verteidigungsministerin (BMVg) gesandt. Während der Kommandeur – auch auf eine frühere inhaltliche

Anfrage – gar nicht antwortete, also den Dialog verweigert, schickte das BMVg eine relativ inhaltsleere Antwort mit Zitaten aus der Dienstvorschrift für die Soldat*innen, die das humanitäre Völkerrecht behandelt. Anschließend wurden unsererseits weiterführende Fragen an das BMVg formuliert, die zugleich relevanten Personen aus dem Verteidigungsausschuss zugeleitet wurden. Die Antworten stehen noch aus.

Atombomben in Büchel garantieren nukleare Gefangenschaft

Für die weitere thematische Auseinandersetzung mit den Atombomben in Büchel und die Auseinandersetzung um die Anschaffung neuer Atombomber als Ersatz für die alten Tornados sind die völkerrechtlichen Argumente von immenser Bedeutung. Deshalb soll hier auf diese Debatte und auf die verschrobenen Rechtfertigungsgründe der Bundesregierung eingegangen werden. Wir sprechen inzwischen lieber von „nuklearer Gefangenschaft“ statt von „nuklearer Teilhabe“, die unterschwellig etwas Positives suggerieren soll, während Gefangenschaft die tatsächliche Situation treffend beschreibt. Die strategisch sinnlosen, nur Vernichtung androhen und bewirken könnenden Atombomben in Büchel nehmen die Bundesrepublik in nukleare Geiselhaft der USA und der NATO, weil diese Bomben im Kriegsfall wohl zu den ersten Zielen eines Gegners gehören müssten. Dass die Bundesregierung andererseits durch ihre „nukleare Teilhabe“ den geltenden geheimen Zielkatalog der US- bzw. NATO-Atomwaffen ernsthaft beeinflusst hat bzw. beeinflussen könnte, ist ein Märchen – zumal NATO-Nichtnuklearwaffen-Staaten ohne „technische Teilhabe“ formal dieselben (unwirksamen) Mitspracherechte in der nuklearen Planungsgruppe haben wie die „teilhabende“ deutsche Bundesregierung.

Die völkerrechtlichen Hintertürchen der Bundesregierung

Im Tornado-Appell hatten wir völkerrechtlich vor allem mit dem Nichtverbreitungsvertrag (NVV), dem humanitären Völkerrecht, dem IGH-Urteil zu Atomwaffen von 1996 und der Taschenkarte der Bundeswehr von 2008 (siehe Kasten; die aktuelle gilt als Verschlusssache!), in der den Soldat*innen jeder Atomwaffeneinsatz ausdrücklich verboten war, argumentiert. Um die politische Debatte in unserem Sinne befördern zu können, ist es wichtig, die Ausweich-Argumente der Bundesregierung genau anzuschauen und zu widerlegen.

Gemäß NVV dürfen Nichtnuklearstaaten Atomwaffen weder „unmittelbar“ noch „mittelbar“ annehmen. Zumindest die mittelbare Annahme ist in Büchel bereits realisiert. Die Bundesregierung verweist im Kontext des NVV auf einen „Kriegsvorbehalt“, der allerdings in der öffentlichen Debatte verschwiegen wird. Demnach hat sich die Regierung die US-Lesart (sog. Rusk-Note) zueigen gemacht, der gemäß der NVV im Ernstfall nicht mehr gelte (erst dann übernehmen die Tornado-Piloten die Atombomben unmittelbar). Hierzu informiert der Gesetzentwurf der Bundesregierung vom 10.9.1973, Drucksache 7/994, bes. S. 17 (dipbt.bundestag.de/doc/btd/07/009/0700994.pdf). Bernd Hahnfeld von der IALANA hat am klarsten dagegen argumentiert und diese Position widerlegt, da dieser Vorbehalt völkerrechtlich-formal nicht geltend gemacht wurde und inhaltlich dem Vertragsziel dermaßen widerspricht, dass er unzulässig wäre (vgl. ialana.de/aktuell).

Das IGH-Urteil von 1996 verbietet grundsätzlich Atomwaffeneinsätze

Der IGH hatte 1996 eindeutig mit klarer Mehrheit erklärt, dass Atomwaffeneinsätze generell/prinzipiell/grundsätzlich („generally“) dem humanitären Völkerrecht widersprechen, also illegal sind. Mindestens drei Richter wollten das „generally“ zugunsten von „ausnahmslos“ ersetzen. Eine Ausnahme jedoch hat der IGH nicht legalisiert, wie die Bundesregierung in ihren Darlegungen zum IGH-Urteil suggeriert. Über die Frage, ob ein Atomwaffeneinsatz im Extremfall der Gefährdung eines ganzen Staates doch erlaubt wäre, hat das Gericht ausdrücklich keine Entscheidung getroffen. Der IGH betont aber, dass selbst dann die Regeln des humanitären Kriegsvölkerrechts angewendet werden müssten (u.a. Differenzierung zwischen Kombattant*innen und Zivilist*innen, Verhältnismäßigkeit der Waffenanwendung, keine „unnötigen“ Grausamkeiten oder Leiden, keine dauerhafte Beschädigung der Umwelt usw.). Wie irgendein Atombombeneinsatz-Szenario mit diesen Regelungen kompatibel sein soll, hat bislang kein Nuklearwaffenstaat darlegen können. Die Bundesregierung versucht außerdem, die Geltung der jüngeren Völkerrechtsvereinbarungen zu begrenzen: *„Die Bundesregierung und eine Reihe weiterer Staaten gehen davon aus, dass die vom I. Zusatzprotokoll zu den Genfer Abkommen eingeführten neuen vertraglichen Regeln nur für konventionelle Waffen gelten.“* (BMVg, Zentrale Dienstvorschrift A-2141/1, S. 59)

Inhaltlich eindeutig ist hierzu dagegen die Meinung des IGH-Richters Shahabuddeen: *„Nach meiner ernsthaften Überzeugung ist der Einsatz oder die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen in jedem Falle illegal. Sie verstoßen gegen die fundamentalen Prinzipien des Völkerrechts und sind*

die völlige Verneinung des humanitären Anliegens, das der Struktur des Völkerrechts zugrunde liegt. (...) Sie widersprechen den fundamentalen Prinzipien der Würde und des Wertes der menschlichen Person, auf denen alle Gesetze basieren. Sie gefährden die menschliche Umwelt in einer Art, die das ganze Leben auf dem Planeten bedroht.“ (*atomwaffena-z.info/heute/voelkerrecht.htm*)

Für den Atomwaffenverbots-Vertrag kämpfen!

Gerade weil sich die bündnisfreien Nichtnuklearwaffenstaaten durch die NATO-Interpretationen des NVV hinters Licht geführt sehen und trotz mehrfacher Einsprüche gegen diese Auslegungen (keine Gültigkeit im Ernstfall) kein Gehör fanden, arbeiten sie seit der NVV-Überprüfungskonferenz 2010 an dem Vertrag über ein eindeutiges Atomwaffenverbot, um völkerrechtliche Eindeutigkeit herzustellen. Dieser Vertrag liegt nun seit dem 7.7.2017 vor. Die Friedensbewegung muss die Forderung nach Unterzeichnung dieses Vertrages durch die Bundesregierung noch stärker in die Öffentlichkeit tragen. Die letzte Meinungsumfrage im Auftrag von Greenpeace hat erneut eine überwältigende Ablehnung von Atomwaffen und eine Mehrheit von 92% für die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages ergeben. Wo bleibt die demokratische Umsetzung dieser klaren Haltung der Bevölkerungsmehrheit? Der Abzug der Atomwaffen aus Büchel kann ein erster Schritt zur Ächtung der Atomwaffen weltweit werden.

Der Appell an die Tornado-Piloten findet sich u.a. hier: *buechel-atombombenfrei.jimdofree.com/gruppen/appell-an-tornado-piloten/*

Vorstehender Artikel erschien zum 1.9.2020 in: FriedensForum 5/2020

*Martin Singe ist Redaktionsmitglied dieser Zeitung und gehört mit Armin Lauven zu den Initiatoren des Appells an die Tornado-Pilot*innen.*

Lange vor dem Appell an die Tornado-Piloten von 2020 hatte schon das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) einen inhaltsgleichen Befehl an die Soldaten gerichtet:

Kampfmittel und Kampfmethoden

Es ist verboten, Mittel oder Methoden anzuwenden, die dazu bestimmt oder geeignet sind,
- überflüssige Verletzungen oder unnötige Leiden zu verursachen (z. B. Dum-Dum-Geschosse),
- ausgedehnte, lang anhaltende und schwere Schäden der natürlichen Umwelt zu verursachen oder
- militärische Ziele und Zivilpersonen oder zivile Objekte unterschiedslos zu schädigen.

Insbesondere der Einsatz folgender Kampfmittel ist deutschen Soldaten bzw. Soldatinnen in bewaffneten Konflikten verboten:
- Antipersonenminen,
- atomare Waffen,
- bakteriologische Waffen und
- chemische Waffen (z. B. Giftgas).

Anlagen und Einrichtungen, die gefährliche Kräfte enthalten (Staudämme, Deiche, Kernkraftwerke), dürfen grundsätzlich nicht angegriffen werden.

Atomwaffen-Verweigerungs-Appell des BMVg von Juni 2008 / Ausschnitt aus BW-Taschenkarte

Die aktuelle Taschenkarte ist lt. Auskunft des BMVg („Team Bürgerdialog“) vom 4.5.2020 eine Verschlusssache. Auf der Internet-Seite der Bundeswehr steht aktuell zur Taschenkarte: „Die Soldatinnen und Soldaten werden über den Inhalt der Taschenkarte, die sie im Einsatz in ihrer Hosentasche bei sich führen, belehrt. Hierdurch wird der Inhalt der Taschenkarte – soweit er ein bestimmtes Verhalten anweist – für sie zu einem verbindlichen Befehl.“ - Anmerkung: Das humanitäre Völkerrecht hat sich hinsichtlich des Einsatzes von Atomwaffen seit 2008 nicht geändert – außer dass seit 2017 ein UN-Atomwaffenverbots-Vertrag vorliegt.

Der Libanon vor internen und externen Herausforderungen - Aufruf zur Hilfe

Reiseeindrücke im Herbst 2019 von Clemens Ronnefeldt

Im Oktober 2019 war ich zwei Wochen im Libanon mit einer Reisegruppe von Menschen aus der Flüchtlingsunterstützungs- und Asylarbeit der evangelischen Kirche in Bad Kreuznach in Kooperation mit dem „Haus des Friedens“ (Dar Assalam) in Wardaniyeh bei Saida (Libanon).

Syrisches Flüchtlingslager in der Bekaa-Ebene

Wir besuchten u.a. das Büro des Flüchtlingshilfswerkes der Vereinten Nationen (UNHCR), das Büro der Organisation für Migration (IOM), Flüchtlingslager mit mehreren Tausend Geflüchteten aus Syrien in der Bekaa-Ebene, das palästinensische Flüchtlingslager Shatila und die Deutsche Botschaft.

Weitere Gesprächspartner waren u.a auch der Bischof der griechisch-katholischen Kirche sowie Vertreter*innen der deutschen evangelischen Gemeinde zu Beirut.

Mit der Organisation „Kämpfer für den Frieden“, wo sich ehemalige Bürgerkriegssoldaten zum Dialog treffen und der Frauenrechtsorganisation KAFA (arab. „Genug“ im Sinne von „genug“ Gewalt) hatten wir Begegnungen und einen regen Austausch.

Offiziell hat der Libanon seit 2011 rund eine Million Geflüchtete aus Syrien aufgenommen, inoffiziell sind es mehr als 1,5 Millionen bei ca. 4,5 Millionen Einheimischen. Dazu kommen noch rund 400 000 registrierte palästinensische Geflüchtete.

Die libanesische Währung verlor in den letzten Monaten dramatisch an Wert, an Bankautomaten waren die Beträge beim Abheben auf wenige Hundert US-Dollar begrenzt, große Teile der Bevölkerung stürzten ins soziale Elend.

Ursachen der Krise im Libanon

Die aktuelle Krise hat tiefsitzende Ursachen noch aus der französischen Mandatszeit bis 1943, als ein religiöses Proporzsystem eingeführt wurde, das bis heute gilt: Der Präsident: ein Christ, der Ministerpräsident: ein Sunnit, der Parlamentspräsident: ein Schiit. Die Menschen im Libanon sind dieses Systems überdrüssig, eine Verfassungsänderung scheitert aber seit Jahrzehnten an der notwendigen Mehrheit.

Die Wunden des Bürgerkrieges, der von 1975 bis 1990 fünfzehn lange Jahre das Land verwüstete, sind immer noch präsent.

Die libanesische Regierung musste für den Wiederaufbau des Landes Kredite und Staatsanleihen aufnehmen. Mit rund 75 Milliarden US-Dollar war das Land 2019 verschuldet, was etwa 140 Prozent des libanesischen BIP der Gesamtsumme aller Waren und Dienstleistungen entspricht. Damit rangiert der Libanon auf Rang drei der am höchsten verschuldeten Länder der Erde. Knapp die Hälfte (ca. 48%) aller staatlichen Einnahmen werden für Zinszahlungen dieser Schulden aufgewandt. Für Gesundheit und Soziales bleibt wenig übrig.

Der Krieg mit Israel im Jahre 2006 warf das Land erneut um viele Jahre zurück.Mehrere Milliarden US-Dollar waren zur Beseitigung der Schäden notwendig.

Deutschsprachige Evangelische Gemeinde zu Beirut

Weil der Staat, in dem Korruption und Klientel-Wirtschaft einzelner Clans überhand genommen ha-

ben, elementare Grundversorgungen wie Strom, Wasser oder Müllabfuhr nicht gewährleistet, gingen im Herbst des Jahres 2019 viele Menschen auf die Straße und forderten politische Reformen sowie den Rücktritt der Regierung.

Protest auf den Straßen, Ende Oktober 2019

Am vorletzten Tag unserer Reise waren Ende Oktober 2019 die Straßen leergefegt, es gab einen Generalstreik, auf den Autobahnen und Hauptstraßen brannten bei landesweiten Protesten Autoreifen, der Flughafen war vorübergehend abgeriegelt.

Mit dem Ruf „Kellon Ya'ni Kellon" (arab.: „alle bedeutet alle") zogen unzählige Menschen nicht nur in Beirut, sondern in fast allen Städten des Landes durch die Straßen und forderten den Rücktritt des gesamten politischen Establishments. Saad Hariri trat als Ministerpräsident zurück, Hassan Diab wurde neuer Ministerpräsident.

Bereits vor der Explosions-Katastrophe im Hafen von Beirut am 3. August 2020 stand das Land wirtschaftlich am Abgrund. Die Coronakrise verschärfte die Spannungen zusätzlich.

Nach Protesten kündigte Libanons Ministerpräsident Hassan Diab am 8. August 2020 Neuwahlen an.

Notwendige Reformmaßnahmen

Neben dem zügigen Wiederaufbau von Beirut, der Instandsetzung von Krankenhäusern und der öffentlichen Infrastruktur, braucht das Land tiefgreifende politische Reformen wie die Abschaffung des religiösen Proporzsystems.

Viele Gelder, die derzeit in den Taschen weniger Millionäre versickern, werden benötigt, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Millionäre, von denen es im Libanon sehr viele gibt, zahlen kaum Steuern. Die Erhöhung der Steuersätze bei Immobilienkäufen oder Bankengewinnen sind überfällig.

Spannungen zwischen Libanon und Israel

Die Explosion vom 3. August 2020 erfolgte vor dem Hintergrund großer Spannungen zwischen Israel und Libanon, ebenso zwischen Israel und Iran.

Am 27. Juli 2020, genau eine Woche vor der verheerenden Ammoniumnitrat-Explosion im Hafen von Beirut, war es im israelisch-libanesischen Grenzgebiet zu einem Feuergefecht der beiden verfeindeten Länder gekommen. „Die Hizbollah spielt mit dem Feuer" (SZ, 29.7.2020), hatte der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu gewarnt.

Libanons Premierminister Hassan Diab sagte, „Ich fürchte, dass die Dinge ins Schlimmste abgleiten angesichts der hohen Spannungen an der Grenze" (SZ, 29.7.2020).

Am 27.7.2020 hatte ein bewaffnetes Hizbollah-Kommando mit mehreren Kämpfern im Gebiet der Shebaa-Farmen, die von Libanon als eigenes Staatsgebiet angesehen werden, aber wie die Golanhöhen von Israel annektiert worden sind, die offizielle libanesisch-israelische Grenze überschritten.

Während israelische Medien berichteten, dass das Kommando unter Feuerbeschuss israelischer Soldaten den Rückzug angetreten habe und so der Angriff abgewehrt worden sei, ließ die Hizbollah verlauten, eine Panzerabwehrrakete auf ein israelisches Militärfahrzeug gefeuert zu haben bevor sie das Feuergefecht dann ganz leugnete.

Die israelische Armee hatte in Erwartung einer Vergeltungsaktion zusätzliche Soldaten ins israelisch-libanesische Grenzgebiet verlegt. „Als überdies Ende voriger Woche überraschend US-Generalstabschef Mark Milley in Israel landete, befeuerte dies Spekulationen, dass größere Aktionen bevorstehen könnten. Schließlich war Milley, so berichteten israelische Medien, zuletzt unmittelbar vor der Tötung des iranischen Generals Qassim Soleimani im Januar durch eine US-Drohne am Flughafen von Bagdad in Israel gewesen", berich-

tete die Süddeutsche Zeitung am 29.7.2020.

Wiederum eine Woche vor diesem Feuergefecht auf den Golanhöhen waren bei einem israelischen Luftangriff in der Nähe von Damaskus mehrere iranische und syrische Kämpfer getötet worden und mit Ali Kamel Mohsen auch ein ranghohes Mitglied der Hizbollah, die daraufhin eine Gelegenheit zur Vergeltung suchte.

Die libanesisch-israelischen Spannungen sind Teil eines größeren Konfliktes. Die israelische Regierung bombardiert in Syrien immer wieder iranische Stellungen, um einen Rückzug iranischer Militäreinheiten nach dem sich abzeichnenden Ende des Krieges in Syrien zu erreichen.

Bevorstehender Showdown im Sicherheitsrat

„Bereit zum Showdown“, titelte die Süddeutsche Zeitung am 8./9. August 2020, weil die US-Regierung das im Oktober 2020 auslaufende Waffenembargo gegen Iran mittels einer UN-Sicherheitsratsresolution drastisch verschärfen wollen und im Sicherheitsrat „eine beispiellose Konfrontation zwischen den USA auf der einen, sowie Europa, Russland und China auf der anderen Seite“ bevorsteht.

Während Europa, Russland und China das iranische Atomabkommen als Grundlage erhalten wollen, möchte die US-Administration noch vor der US-Präsidentschaftswahl Anfang November 2020 das Abkommen endgültig beenden.

China und Iran stehen vor einer neuen umfassenden Sicherheits-Partnerschaft, die auch vertraglich besiegelt werden soll, wodurch sowohl die USA als auch Europa künftig Einfluss und Macht in der Golfregion verlieren würden.

Die Schockwellen und Ausläufer dieser Machtkämpfe sind aktuell im israelisch-syrisch-libanesischen Grenzgebiet zu beobachten.

Unterstützung für das „Haus des Friedens“ (Dar Assalam) im Libanon

Das „Haus des Friedens“ (Dar Assalam) in Wardaniyeh bei Saida, das unsere Reisegruppe zwei Wochen beherbergte, hat sich vor dem Hintergrund der rund 300.000 Obdachlosen als Folge der Explosion am 3. August im Beiruter Hafen zur Hilfe entschlossen.

Das Gästehaus von Dar Assalam wird als Notherberge für obdachlose Frauen geöffnet.

In Zusammenarbeit mit der libanesischen, konfessionsübergreifenden Frauenrechtsorganisation „Kafa“ und der „Libanesischen demokratischen Frauenvereinigung“ werden Frauen in ihrer derzeitigen Notlage unterstützt.

Beide Organisationen versuchen, Frauen bei der Instandsetzung ihrer Wohnungen zu helfen, wenn diese noch bewohnbar sind.

Spenden für diese Hilfsaktionen können auf das Konto des gemeinnützigen Vereins „Netzwerk am Turm e.V.“ in Bad Kreuznach überwiesen werden. Vorsitzender ist Pfarrer Siggi Pick, der zusammen mit Said Arnaout vom „Dar Assalam“ auch unser Reiseleiter war und mehrere Jahrzehnte Erfahrung in der Libanon-Solidaritätsarbeit hat.

Spendenkonto:

Netzwerk am Turm e.V. (Konto-Inhalber)

IBAN:
DE58 5609 0000 0006 5347 16

Verwendungszweck: „Dar Assalam Libanon: Nothilfe Beirut“.

Damit Spendenbescheinigungen ausgestellt werden können, ist die Angabe der vollständigen Adresse notwendig.

Improvisierte Schule mit syrischen Kindern in der Bekaa-Ebene

75 Jahre Hiroshima und Nagasaki

Marion Küpker, Friedensreferentin beim deutschen Zweig des Versöhnungsbundes, berichtet von den Monaten Juni bis Mitte August

Die 75. Jahrestage der ersten Atombombenabwürfe:

Aktuell haben 83 Staaten den UN-Atomwaffen-Verbotsvertrag unterzeichnet und 44 ratifiziert. Es fehlen daher nur noch sechs Ratifizierungen!
www.friedenskooperative.de/Atomwaffenverbotsvertrag-Status

Bundesweite Kampagne Büchel ist überall! atomwaffenfrei.jetzt:

Das Ende des Corona-Lockdowns machte das überregionale Protestieren ab Juni am Atomwaffen-Stützpunkt Büchel begrenzt aber verstärkt wieder möglich. Hier eine zusammengefasste Übersicht:

3. kirchlicher Aktionstag

Ein deutliches Zeichen gegen die Bücheler Atomwaffen setzten die Christen in diesem Jahr am 6. Juni erstmalig mit einer Internetaktion. Eigentlich sollte es – wie bereits in den vergangenen beiden Jahren – wieder einen großen kirchlichen Aktionstag am Bücheler Haupttor geben. Für den Gottesdienst war Präses Anette Kurschus vorgesehen: Sie ist die leitende Theologin der Evangelischen Kirche von Westfalen und stellvertretende Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland. Die Projektgruppe „Kirchen gegen Atomwaffen“ erstellte einen Film, der am 6. Juni 2020 um 100 Sekunden vor 12 Uhr startete. Dies ist der aktuelle Stand der Weltuntergangsuhr (Doomsday Clock), die stets die aktuelle Gefahr eines möglichen Atomkrieges anzeigt.

Den 36 minütigen Film findet Ihr hier: *www.youtube.com/watch?v=UvyhTXt-qwXw&feature=youtu.be*

Zusätzliche Texte der Video-Botschaften von Prof. Dr Isabel Apawo Phiri, vom pax christi Präsident Bischof Peter Kohlgraf, von Dirk Harmsen zum Thema „Neue atomare Gefahren durch Mini-Nukes“; und von Dr. Theodor Ziegler über die „Sicherheitspolitischen Alternativen“, sind hier zu finden: *www.KirchenGegenAtomwaffen.wordpress.com*

Der 4. Kirchliche Aktionstag soll am 3. Juli 2021 wieder vor Ort in Büchel stattfinden. Eine Kontaktperson hierfür ist unser VB-Mitglied Ulrich Suppus.

Appell an die Tornado Piloten

Pax christi Bonn ließ sich eine tolle Zeitungs-Anzeige einfallen: Tornado-Piloten sollen nukleare Teilhabe verweigern! Der Appell, der u.a. in der Rhein-Zeitung am 20. Juni 2020 als Anzeige veröffentlicht und vorab an den Kommandeur des Geschwaders geschickt wurde, steht im Kontext der aktuellen Debatte um die Beschaffung neuer nuklearfähiger Kampfjets. Er wurde von 127 Personen und 18 Organisationen unterzeichnet. Weitere Informationen findet Ihr hier: *https://buechel-atombombenfrei.jimdofree.com/gruppen/appell-an-tornado-piloten/*

Prozesse

Am 8. Juni 2020 war das Verfahren gegen unser VB-Mitglied Beate Körsgen wegen angeblichen Verstoßes gegen das Versammlungsrecht. Beate war die Anmelderin der 20-wöchigen Mahnwache 2019 in Büchel. Das Verfahren wurde eingestellt. Otto Jäckel von IALANA (Internationale Anwälte gegen Atomwaffen) war ihr Verteidiger und ich, Marion Küpker, war ihre Zeugin.

Am 10. Juni 2020 stand ich erneut gemeinsam mit zwei Frauen aufgrund der 18-köpfigen Go-In Aktion der Internationalen Woche aus dem Jahr 2018 vor Gericht. Wir wurden, wie erwartet, verurteilt.

Informationen, Medienberichte und unsere Prozesserklärungen findet Ihr in deutsch, englisch, und teils auch in Holländisch hier: *https://buechel-atombombenfrei.jimdofree.com/prozesse/*

Am 4. August 2020 fand erstmalig ein Berufungsprozess gegen einen in Deutschland lebenden US-Amerikaner und Veteran for Peace- Aktivisten (Vietnam-Air Force Veteran) statt. Dennis DuVall machte auf seine Verantwortung als US-Bürger für die hier in Büchel stationierten US-Atombomben zum 75. Jahrestag aufmerksam. Während der diesjährigen Internationalen Woche blockierten wir wieder die Zufahrt in den Atomwaffen-Stützpunkt am 16. Juli, der Tag, an dem die allererste

Atombombe auf Native American Land in New Mexiko/USA, mit dem Code Namen Trinity, gezündet wurde.

Bild: Dennis DuVall

In Büchel fand die Internationale Woche dieses Jahr u.a. mit Niederländern und zwei US-Bürgern in einem Tagungshaus der Region, und mit einer Internationalen Video-Konferenz, statt. Wir haben unser weiteres internationales Vorgehen bezüglich unserer spannenden Gerichts-Prozesse geplant, worüber Ihr im Herbst mehr erfahren werdet. Die Stärkung und Durchsetzung des Internationalen Rechts ist darin ein Schwerpunkt.

Auch der US-Bürger John LaForge von NUKEWATCH erhielt im Juli 2020 endlich seinen Strafbefehl, nachdem er wiederholt auf vermuteten Atombomben-Hangars saß. John freute sich sehr, als er im Juli von der Polizei vor dem Frankfurter US-Generalkonsulat kontrolliert wurde. John hat bereits viel Erfahrung mit internationalen Rechtsverfahren in den USA sammeln dürfen. Wir suchten das Konsulat für Heiratsformalitäten auf und geben Euch hiermit mit Freude bekannt, dass wir seit dem 8. 8. 2020 offiziell ein Ehepaar sind!

John's Trompete wurde vorübergehend durch die Hamburger Polizei konfisziert!

75. Hiroshima-Gedenktag: Acht Abgeordnete in Büchel

Der Hiroshima-Gedenktag, 6.8.2020, begann um 8.15 Uhr mit dem Läuten der Hiroshima-Glocke auf der Friedenswiese, denn um diese Uhrzeit (Ortszeit) vor 75 Jahren explodierte die Atombombe über Hiroshima. Von der Friedenswiese gingen wir zum Kreisverkehr an der Hauptzufahrt zum Atomwaffen-Stützpunkt Büchel, wo den ganzen Tag gemahnt wurde: Ca. 50 Menschen kamen zur Abgeordneten-Mahnwache am Spätnachmittag. Vom EU-Parlament kamen Jutta Paulus von B90/Die Grünen und von DIE LINKE Özlem Alev Demirel. Als Bundestagsabgeordnete kamen von der SPD René Röspel und Ralf Kapschak, sowie von DIE LINKE Andrej Hunko. Landtagsabgeordnete waren von der SPD Christoph Spies, von B90/Die Grünen Dr. Bernhard Braun und Daniel Köbler vertreten. Florian Pfaff, ehemaliger Offizier, Darmstädter Signal, hielt eine Rede. Die Rheinzeitung, das RPR1-Radio, das SWR-Fernsehen und Arte-Berlin berichteten.

Dabei waren auch die VB-Mitglieder Rüdiger Lancelle und Elke Koller

11. internationale Fastenaktion in Mainz

In Mainz befand sich zeitgleich die 11. internationale Fastenaktion, 26. Juli bis 9. August 2020: Für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland/ Büchel und eine atomwaffenfreie Welt, die das VB-Mitglied Matthias Engelke jedes Jahr organisiert. John und ich fuhren nachmittags von Büchel nach Mainz, um an den dortigen Hiroshima-Gedenkveranstaltungen teilzunehmen. Höhepunkt darin war das erstmalige gemeinsame Auftreten des pax christi-Präsidenten und Mainzer Bischofs Peter Kohlgraf, der rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin Malu Dreyer/SPD und des Mainzer Bürgermeisters Michael Ebling/ SPD. Sie sprachen sich gegen Atomwaffen aus und forderten in der Mainzer Ruinen-Gedenkkirche die Unterzeichnung des Atomwaffen-Verbotsvertrages durch unsere Regierung. Auch hier spielte das VB-Mitglied Beate Körsgen eine zentrale Rolle in der Organisation.

Die Fastenaktion fand in einem 24-Stunden-Dauergottesdienst vor dem Atomwaffen-Stützpunkt Büchel am 9. Aug 2020, um 11.02 Uhr (Nagasaki-Gedenktag) ihr Ende, womit auch die diesjährige Bücheler Aktionspräsenz ihr Ende fand. Weitere Infos sind auf unserer VB-Webseite und hier zu finden: *https://buechel-atombombenfrei.jimdofree.com/gruppen/24h-dauergottesdienst/*

Die vielen weiteren Proteste in Büchel z.B. die Lebenslaute-, oder die IPPNW und ICAN-Tage, sowie die NRW-Fahrradtour der DFG-VK, sowie das Mahnen mit Kreuz vom VB-Mitglied Pfarrer Schmid können hier nur kurz erwähnt werden.

Am 12. August 2020 stand in der Süddeutschen Zeitung, dass der SPD Bundestagsvorsitzende Mützenich die US-Atomwaffen zum Wahlkampfthema machen will. *Lobbyarbeit wird im kommenden Wahljahr eine große Rolle spielen!*

Weitere Aktionen

- Am 30. Juli führte der VB-Jugendrat, gemeinsam mit Leena Winkler von der Friedenswerkstatt Mutlangen und mit mir eine 1 1/2 stündige Videokonferenz zum Thema „Wie organisieren sich junge Menschen im Widerstand für eine atomwaffenfreie Welt“.
- Am 3. August interviewte mich Franz Alt zum Thema: Warum werden Atomwaffen heute noch akzeptiert? Das interessante 1:05 stündige Interview könnt Ihr hier sehen: *www.youtube.com/watch?v=nvKjQ8sWWKk&feature=youtu.be*

Für die nahe Zukunft ist geplant:

- Mi, 2.9., 13:30 Uhr, Amtsgericht Cochem wegen Fotografierens der Fliegerhorst-Zaunanlage. Angeklagt ist Dietrich Gerstner von der Hamburger Catholic Workers Gemeinschaft *Brot und Rosen*. Prozessbeobachter*innen erwünscht!
- Sa/So, 5.+6.09.2020 Schmieden für den Frieden in Kail. Schirmherr: Bürgermeister Albert Jung, VG Kaisersesch mit Rüdiger Lancelle.
- Fr., 11.9., 17 Uhr, ökumenisches Gebet auf der Friedenswiese, 100 Meter vom Bücheler Haupttor, Ansprechperson ist Thomas Gerhards, siehe im Kalender *www.buechel-atombombenfrei.de*

Auch stehen weitere Prozess-Termine im Kalender auf unserer Webseite!

Im Blick: Hausener Friedenskreis in der EKM

Eberhard Bürger berichtet von einem Weg, Basisgruppen der Friedensarbeit einander, ihren Kirchenleitungen und der Öffentlichkeit bekannter zu machen.

Noch vor dem Zusammenschluss der beiden Landeskirchen von Thüringen und der Kirchenprovinz Sachsen (KPS) zur Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM) gab es in beiden Kirchen Basisgruppen der Friedensarbeit, einige davon bereits zu Zeiten der DDR.

Konnte der bevorstehende Zusammenschluss ein Weg werden, die weitgehend unbekannten Gruppen einander, ihren Kirchenleitungen und der Öffentlichkeit bekannter zu machen? Der neue, gemeinsame Friedensbeauftragte Wolfgang Geffe brachte viel Energie, Unzufriedenheit und Engagement aus Thüringen mit. Als Bischof Axel Noack (KPS) Politiker und Bundeswehr zu Gesprächen zu Friedensfragen einlud, jedoch niemand von der gewaltfreien Friedensarbeit dabei war, gab es einen zündenden Funken: Der Zusammenschluss beider Landeskirchen sollte zugleich zum Zusammengehen der unterschiedlichen Basis-Initiativen und deren öffentlicher Wirksamkeit werden. In dem kleinen Ort Hausen bei Arnstadt wurde 2009 der Hausener Friedenskreis (HFK) in der EKM gegründet.

Eine Grundlage für die Arbeit ist Artikel 2 aus der Verfassung der EKM von 2009 zu Auftrag und Aufgaben der Kirche, in besonderer Weise Absatz (6): „Sie (die Landeskirche – d.Vf.) setzt sich im Vertrauen auf Gottes Verheißung ein für die Bewahrung

Bilder: Bernd Luge, Magdeburg

der Schöpfung und die Gestaltung des Lebens in der einen Welt in Gerechtigkeit und Frieden."

Zum HFK gehören zur Zeit 12 Basis-Initiativen aus Thüringen und Sachsen-Anhalt:

- Friedenskreis Halle e.V.
- Netzwerk Friedenssteuer, Weimar/Erfurt
- gewaltlos leben e.V., Region Saalfeld
- Trägerkreis Rüstungskonversion, Jena
- Bündnisse gegen Rechtsextremismus, Südthüringen
- Bündnis gegen Rechts/Initiative Zivilcourage, Halle
- Offene Heide e. V., Stendal
- Arbeitskreis „Zunkunftsfähige Gesellschaft", Jena
- Vitopia e.G., Magdeburg
- Arbeitskreis Friedensgebet an der Marktkirche, Halle
- Akademie „Ökumenische Solidarität", Kirchohmfeld
- Internationaler Versöhnungsbund e.V. (Sitz der Geschäftsstelle in Minden), Regionalgruppe Magdeburg

Außerdem ist Jens Lattke, der auch den Friedensbeirat der EKM vertritt, seit Ende 2019 Friedensbeauftragter der EKM im Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrum, Magdeburg,

Die im HFK verbundenen Basis-Initiativen gehen davon aus, dass sie selbst und dass Kirche vom Evangelium her ausschließlich gewaltfreie und zivile Wege zu Frieden und Gerechtigkeit suchen, fördern, einüben, einfordern, mit entwickeln und selbst gehen, zusammen mit allen Menschen guten Willens. Wer kann das sonst?

Der Schwerpunkt der Aufgaben ist je nach Basis-Initiative ein eigener und wird auch von jeder Initiative selbständig getragen und verantwortet. Auf ihren Frühjahrstagungen (1 ½ Tage) und ihren Herbsttagungen (1 Tag) geht es dem HFK um Austausch der je eigenständigen Arbeit sowie um gemeinsame Themen und Probleme und um Impulse für die Zukunft. Dabei kam es zu einer guten Zusammenarbeit mit der Nachfolgerin von Wolfgang Geffe, der Friedenbeauftragten Eva Hadem, die aus der Hannoverschen Landeskirche für 6 Jahre in die EKM wechselte. Grundlegende Themen des HFK waren zuletzt u.a. „Was bedeutet Gewaltfreiheit für uns?" „Biografie und Gewalt?" „Sprache und Gewalt?" Durch die Corona-Krise sind auch wir etwas ins Schleudern geraten: Die letzte Frühjahrstagung sah „Sicherheit neu denken" mit Theodor Ziegler vor, musste jedoch abgesagt werden.

Bilder: Bernd Luge, Magdeburg

Seit Beginn hat der HFK Anträge an die Landessynode gestellt, die entweder modifiziert oder direkt beschlossen worden sind. Themen: Afghanistan (2009), Produktion und Export von Kriegswaffen (2012), Konflikt um die Ukraine (2014), Ächtung aller ABC-Waffen und Verbot von Herstellung, Lagerung, Androhung und Anwendung im Wirkungsbereich des Grundgesetzes (2015), Rüstungskonversionsfonds (2016), Kirche des gerechten Friedens werden (2017). Am Magdeburger Friedensmanifest 2017 haben etliche VB-Mitglieder mitgearbeitet. 2018 wandten sich die Mitglieder des HFK an ihre jeweiligen Bundestagsabgeordneten mit Anliegen zur Wahl. Im Nachgang dazu fand in Berlin ein Treffen mit Bundestagsabgeordneten der SPD zum Thema Atomwaffenverbotsvertrag und Ausbau der zivilen Entwicklungsarbeit statt. Außerdem wurden Schwerpunkte und Themen für die EKD-Synode 2019 in Dresden zum Thema „Frieden" auf den Weg gebracht. Die 5 EKD-Synodalen unserer Landeskirche waren eingeladen zu Gesprächen, damit sie unsere Weise der Friedensarbeit mit vertreten. Die Regionalbischöfin von Gera-Weimar brachte die Probleme um die Augsburgische Konfession Art. 16 in die Öffentlichkeit und erreichte, dass die damit verbundenen Fragen in der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands und der Union Evangelischer Kirchen in der Evangelischen Kirche in Deutschland weiter beraten werden sollen.

Der HFK ist dabei, nicht nur in den je spezifischen Aktionen vor Ort, sondern auch als Gremium die Grenzen der Kirche immer wieder zu überschreiten und sich an Verantwortliche in Politik und Gesellschaft direkt zu wenden.

Viele unserer Bemühungen sind auf einen langen Atem angewiesen und erfordern eine längere verbindliche Zusammenarbeit, weil sie tiefgreifende Veränderungen entwickeln und einfordern. Wir finden zur Zeit noch zu wenig junge Leute, die dazu bereit sind.

Uns selbst ist wichtig, immer wieder zu Quellen unseres Engagements zu gehen, um „Furcht zu überwinden und Kraft und Liebe und Besonnenheit" zu gewinnen.

Fürsorge für mich und andere

Birgit Gündner

Gerade sitze ich am Campingplatz in der Uckermark an einem wunderschönen See und genieße den Sommer, die Natur und den Urlaub: Schwimmen, schlafen, lesen, essen und die Natur beobachten, die Wellen auf dem See, den Wind spüren und sehen, wie Familien mit ihren Kindern sich hier freuen können.

Gleichzeitig bin ich mir bewusst, dass wir sehr privilegiert sind, jetzt und besonders in der Haupt-Corona Zeit. Wir konnten diesen schönen Platz in der Natur finden und können uns erholen. Wir haben keine kleinen Kinder, die es neben Beruf zu versorgen galt als die Kitas und Schulen geschlossen hatten. Wir haben das, was wir brauchen, es geht uns gut.

Ich weiß dagegen von einer Menge Eltern, die an ihre Grenzen kamen.

Da ist einmal die äußere Welt, die Beschränkungen, die es immer wieder geben kann, die dieses Jahr mit Corona für viele deutlicher wurden: Zeitnot, Geldnot, aktuell verursachte Ängste, Sorge um die eigene Gesundheit, um andere, vielleicht die ältere Generation….Und es geht auch um eine innere Welt, latente Ängste und Sorgen, Traumata, die sich dann melden…

Wie kann ich gut für mich (und meine Familie) sorgen, wenn die Bedingungen schwierig werden?

Ich stelle es mir vor wie einen (Fahrrad) Akku, der mal mehr, mal weniger gut aufgeladen ist. Ist er nur wenig geladen, reicht es fürs Nötigste im Alltag. Um Sicherheit zu haben, sollte ich dafür sorgen, dass er gut geladen ist. Auf jeden Fall ist es gut, für ein Nachladen regelmäßig zu sorgen.

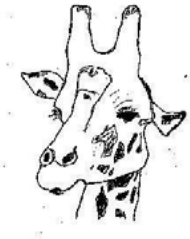
Was füllt meinen Kraftvorrat?

Was tut mir gut? Habe ich es heute gelebt? Gibt es da etwas zu feiern? Über welches Vorhaben freue ich mich am meisten? Gibt es etwas, was ich mir vornehme, von dem ich denke, dass es mich aufbaut?

Was schätze ich an mir? Was an meiner Partnerin./.meinem Partner, meiner Freundin./ meinem Freund, meiner Tochter./.meinem Sohn???

In der Sprache der Gewaltfreien Kommunikation: Welche Bedürfnisse sind wichtig, wie kann ich mich um sie, gerade in schwieriger Zeit, ernsthaft bemühen?

Fürsorge für mich ermöglicht mir Fürsorge für andere, nicht nur aus Pflicht, sondern aus Freude, andere zu unterstützen. So kann ich dann, wenn z.B. ein Kind etwas nicht will, statt frustriert zu sein, beim Kind nachfragen: „Was brauchst du jetzt? Was hättest du gerne?“



Kann es hilfreich sein, sich und die Kinder abends als Ritual zu fragen: Was war heute gut? Was hat Spaß gemacht? Oder auch: Was ist mir / euch morgen wichtig, was vielleicht heute nicht möglich war?

Wie kann in schwieriger Zeit Gemeinschaft gestaltet werden mit Strukturen, die es leichter machen. Das gilt für Paare wie auch für Familien, z.B. in einem regelmäßigen Familienrat: Kinder wie Eltern dürfen sich etwas wünschen, was sie sich gemeinsam vornehmen. Kinder spüren, wie wichtig sie sind, wenn sie wirklich beteiligt werden, am Ideen Finden wie an der Umsetzung. Oder: 3 mal pro Woche machen wir am Abend etwas gemeinsam: kochen und essen, spielen, singen, in die Natur gehen…

Von der GFK Trainerin Miki Kashtan habe ich den Satz, der vor allem für uns Frauen gilt, wenn wir mehr in Sorge sind um andere als um uns selbst:

„Ich möchte mich selbst in den Kreis derer nehmen, für die ich sorge!“

Bild von FelixMittermeier auf Pixabay

Engelke Matthias-W: Zelt der Friedensmacher. Die christliche Gemeinde in Friedenstheologie und Friedensethik

edition pace, BoD - Books of Demand, Norderstedt 2019, S. 464, 15, 90 €

Matthias Engelke beschreibt mit dem Gleichnis vom verlassenen Schaf die Ausgangslage zu dieser friedenstheologischen Studie. Ein Schaf, von seiner Herde verlassen, sucht seine Herde, hofft, dass sie zurückkehrt. „Lamm sucht Herde - Friedenstheologie auf der Suche nach ihrer Kirche“. Engelkes Hypthese, in der Kirche gäbe es eine umfangreiche friedensethische Debatte, aber nur wenig friedenstheologisches Nachdenken, führt ihn zu der Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen Friedensverständnis und Gemeindeverständnis gibt. Auf der Suche nach einer Antwort klärt er zunächst Inhalte, Begriffe und Methoden, untersucht danach die Positionen von fünfzehn friedenstheologischen Autoren sowie von vier friedensethischen Schriften, wertet die Ergebniss der Untersuchung aus und beschreibt die Gemeinde als Friedensgeschehen.

Dieses Vorgehen erfordert begriffliche Klarheit hinsichtlich der Unterscheidung von Friedenstheologie und Friedensethik. Unter friedenstheologischen Schriften versteht Engelke solche, die den Ausschluss tötender Gewalt mit Gründen aus dem Alten und / oder Neuen Testament belegen. Friedensethische Schriften dagegen erachten die Androhung und Anwendung tötender Gewalt, unter welchen bedingten und beschränkten Umständen auch immer, als sinnvoll oder gar als notwendig.

Die untersuchten friedenstheologischen Autoren sind Friedrich Siegmund-Schulze (1885 1969), Hermann Hofmann (1878-1972), Kaspar Mayr (1891-1963), George H.C. Macgregor (1892-1963), Charles Earle Raven (1885-1964), Franziskus Maria Stratmann (1883-1971), Johannes Ude (1874-1965), Jean Goss (1912-1991) und Hildegard Goss-Mayr (*1930), Jean Lasserre (1908-1983), Arbeitgemeischaft für Kirchliches Friedenszeugnis (1968), Eugen Biser (1918-2014), Daniell Berrigan (1921-2016), Heinrich Spaemann (1903-2001), Egon Spiegel (*1952) und Badischer Beratungsprozess „Kirche des gerechten Friedens werden“ (seit 2011). So manchem Leser dürften viele der Genannten unbekannt sein. Mancher wird seinen Lieblingsautor vermissen, etwa Dietrich Bonhoeffer. Da Engelke die Werke dieser Autoren in den Arbeitsschritten „friedenstheologische Position - Ekklesiogie - Diskussion“ ausführlich darstellt, bietet dieses Buchkapitel (S. 33 - 325) eine gut aufbereitetes Quellensortiment für weitere friedenstheologische Forschung.

Mit den selben Arbeitsschritten untersucht Engelke auch die friedensethischen Texte (S.327 - 374), beschränkt sich dabei allerdings auf Veröffentlichungen seit 2007, dem Erscheinungsjahr der Friedensdenkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland „Aus Gottes Frieden leben - für gerechten Frieden sorgen“. Dies ist auch der erste untersuchte friedensethische Text. Die weiteren sind ein Handbuch der Seelsorge in der Bundeswehr „Friedensethik im Einsatz“ (2009), der Aufsatzband „Friedensethik und Sicherheitspolitik“ (2010) und das Handbuch „Friedensethik“ 2017.

Engelkes Untersuchungen lauten zusammengefasst: Die christliche Gemeinde hat in der friedenstheologischen Literatur einen bedeutend höheren Stellenwert als in der friedensethischen Literatur. Folglich beschreibt Engelke im Schlusskapitel die Gemeinde als Friedensgeschehen. Als der Leib Christi ist die Gemeinde der Ort des Friedens. „Die Überwindung des Bösen, sei es in Gestalt von Gewalt oder Schuld, wird durch Jesus und seine Liebe möglich. Seine Freundinnen und Freunde verkörpern ihn, seitdem er hingerichtet worden ist. In ihrem Leibe als seiner Gemeinde ist er selbst gegenwärtig. Das feiert die Gemeinde als seine Auferstehung. ... Der Auferstandene ist seine Ge-

meinde, er ist nicht ohne Körper - er ist der Körper seiner Geschwister. Gewalt, die sie erleiden, weil sie zu Jesus gehören, erleidet er mit und sie mit ihm. In dieser Körperlichkeit des Glaubens an den Auferstandenen kann Heilendes erfahren werden.“ (S. 408 und S. 411). In Anlehnung an Friedrich Schleiermacher bewertet Engelke die Feier der Auferstehung als eine Feier des Friedens auf dem Weg als Gemeinde, eine Gemeinde des Friedens zu werden. Ist Jesus Christus in der Mitte der Gemeinde, so ist sie befähigt, Friedensmacher zu sein und über Fragen von Krieg und Frieden sowie Streit und Versöhnung zu entscheiden.

Horst Scheffler. Ltd. Militärdekan a. D.,

Philosophie des Migrationsrechts.

Herausgegeben von Frederik von Harbou und Jekaterina Markow. Mohr Siebeck 2020.

Wir alle können in unserem Leben in die Lage geraten, unsere Heimat verlassen zu wollen oder zu müssen und auf fremdem Territorium in einer fremden Gemeinschaft dauerhaft oder vorübergehend Zugehörigkeit oder wenigstens Sicherheit zu suchen. Migration, hier verstanden als „Wanderung“ über Gemeinschaftsgrenzen hinweg, ist eine historische Konstante menschlicher Existenz... schreiben die Herausgeber in ihrer Einleitung.

Spannende Aufsätze zu grundlegenden Themen und Problemen der Migration und des Migrationsrechts aus unterschiedlichen Perspektiven - 18 an der Zahl- sind in diesem Sammelband vereint, der auf eine internationale Konferenz zum Migrationsrecht an der Humboldt-Universität zu Berlin zurückgeht. Die Aufsätze sind den folgenden drei Themenbereichen zugeordnet: I. Logiken des Migrationsrechts, II. Migrationsrecht und Menschenrechte und III. Rechtsnormen der Migrationsgesellschaft. Im folgenden sollen exemplarisch drei Aufsätze aus dem zweiten Themenbereich vorgestellt werden.

Matthias Mahlmann, der Philosophie und Recht an der Universität Zürich lehrt, diskutiert in seinem Beitrag „Migrationsrecht und Menschenwürde“ Begründungen von Gemeinschaften, die sich abgrenzen gegenüber der Forderung nach einem allgemeinen globalen Freizügigkeitsrecht. Demgegenüber stellt er fest, dass die menschliche Würde, verstanden als Gebot der Achtung der Selbstzweckhaftigkeit des Menschen, universell zu achten ist. Der praktische Ausdruck der Menschenwürde sind Solidaritätspflichten, woraus beispielsweise konkrete Hilfspflichten gegenüber Menschen in Seenot folgen. Die Achtung der Menschenwürde sei zudem der normativ fundierte Gegenpol zu Xenophobie und Rassismus.

In seinem Aufsatz „Wozu Flüchtlingsrecht?“ gibt Paul Tiedemann einen geschichtlichen Überblick über den Schutz von Flüchtlingen, indem er die historischen Etappen des modernen Flüchtlingsschutzes in Europa aufzeigt. Der Autor fragt nach den Leitideen, die hinter den gesetzlichen Regelungen stehen.

Vor dem Aliens Act aus dem Jahr 1905 gab es in Großbritannien keine gesetzliche Regelung der Immigration. Der Autor zeigt, dass es die Absicht des aliens acts war, Gleichgesinnten zu helfen. Dann kommt der Autor auf die Entwicklungen nach dem 1. und dann nach dem 2. Weltkrieg zu sprechen. Die von den Vereinten Nationen gegründete Internationale Flüchtlingsorganisation (IRO) sollte sich nach dem 2. Weltkrieg um die mehr als 10 Millionen Flüchtlinge in Europa kümmern. Der Autor zeigt, dass auch hier nach der alten Grundidee geholfen wurde: Die Opfer unserer Feinde sind unsere Freunde und deshalb sollten wir ihnen helfen. Erst seit den 1990er Jahren des 20. Jahrhunderts, so stellt der Autor fest, gebe es eine gewisse Tendenz zu einem Flüchtlingsrecht, dass nicht nur auf der Idee der Solidarität mit Freunden beruht, sondern auf Menschlichkeit. Nach dem Menschenrechtsansatz hat jeder Mensch Anspruch auf unveräußerliche und unwiderrufliche Menschenrechte, unabhängig davon, was er getan hat oder tun wird. Er hat ein Recht auf Menschenrechte, allein deshalb, weil er ein menschliches Wesen ist. Der

Autor fordert alle im Flüchtlingsrecht Tätigen auf, sich für die Entwicklung eines auf Humanität beruhenden Flüchtlingsrechts einzusetzen.

Véronique Zanetti, die an der Universität Bielefeld Philosophie lehrt, verweist in ihrem Aufsatz „Das ius post bellum und die Verantwortung gegenüber Kriegsflüchtlingen“ darauf, dass Flucht eine unabdingbare Konsequenz aller Kriege ist. Sie stellt die Frage, ob Ländern aufgrund ihrer Beteiligung am Krieg und ihrer Mitverursachung der Flucht nicht eine besondere Verantwortung zufällt und plädiert dafür, dass die Akteure in eine Entschädigungspflicht genommen werden sollten wie im Zivil- oder Verwaltungsrecht.

Joachim Koch, Bad Oeynhausen

Internationales semi-virtuelles IFOR-Jugendtreffen 25.-27. September 2020

- Sie setzen sich in Ihrer Gemeinde oder Ihrem Land für Frieden und Gewaltlosigkeit ein?
- Sie sind ein junges Mitglied oder Mitglied des International Fellowship for Reconciliation?
- Sie möchten mit jungen Friedensaktivisten aus der ganzen Welt in Kontakt treten, um sich kennenzulernen, zu teilen und zu inspirieren?
- Dann werden Sie Teil unseres ersten einzigartigen halbvirtuellen, internationalen Treffens von IFOR-Jugendlichen im September 2020!

Zuallererst, wer sind WIR?

Wir sind junge (zwischen 15 und 25 Jahre alte) Aktivisten aus der deutschen IFOR-Niederlassung, die sich engagieren und mehr über unsere Aktivistenkollegen auf der ganzen Welt erfahren möchten.

Halbvirtuell?

Wir wollen uns lokal treffen und global verbinden. Treffen Sie sich also am Wochenende vom 25. bis 27. September 2020 mit jungen Aktivisten Ihrer Gemeinde, Ihres Landes oder Ihrer Region. Natürlich sind Sie auch herzlich zu unserem Treffen in Deutschland eingeladen! Die Idee der virtuellen Kommunikation entstand aus unserer Vision, die ökologischen Folgen und die Kosten der Reise für alle Beteiligten so gering wie möglich zu halten.

Gegen Ende des Wochenendes werden wir eine große gemeinsame Aktion durchführen, bei der wir mit jedem online teilen, was wir tun und was uns bewegt.

Gemeinsam organisiert?

Sie haben Ideen für Themen, Aktivitäten, lustige Dinge, ...? Gute Nachrichten! Die Organisation befindet sich noch im Aufbau und lebt von kreativen Beiträgen aller, die Teil des Wochenendes werden möchten. Darüber hinaus muss überall dort, wo wir uns treffen, das Wochenende organisiert werden (Ort, Essen usw.), damit jeder die Möglichkeit hat, sich an diesem gemeinsamen Projekt zu beteiligen.

Klingt nach einem interessanten Plan? Sie möchten mehr wissen, Ihre Gedanken teilen oder direkt an der Versammlung arbeiten?

Wir freuen uns über Ihre Mails per:
jugend@versoehnungsbund.de

Weitersagen!

Sie kennen andere junge Aktivisten, die an einer Teilnahme interessiert sein könnten?

Bitte teilen Sie diese Einladung mit ihnen!

Sie sind ein „erwachsenes“ IFOR-Mitglied und möchten junge Aktivisten unterstützen, indem Sie bei der Organisation des Treffens helfen (Ideen, Orga usw.)?

Wir freuen uns über Ihre Mails!

Tagung 2020: „We shall overcome!“ Samstag, 17. Oktober 2020, in Gammertingen

Samstag, 17. Oktober 2020, 10:00 bis 18:30 Uhr Tagung

20.00 Uhr: „Von Wegen“ - Konzert mit dem schwäbischen Liedermacher Thomas Felder

Sonntag, 18. Oktober 2020: Wanderung auf der Schwäbischen Alb

Eine Teilnahme ist sowohl an allen Veranstaltungsangeboten möglich – Tagung, Abendveranstaltung, Wanderung –, als auch nur an einzelnen.

Wir freuen uns sehr, dass wir mit Thomas Felder, Renate Wanie und Hans-Hartwig Lützow drei seit Jahrzehnten engagierte Menschen gewinnen konnten, die anhand ihrer persönlichen Lebensgeschichte auf Fragen eingehen werden wie etwa:

Wodurch bist Du zu Deinem Engagement gekommen? Welche konkreten Erfahrungen hast Du dabei gemacht? Gibt es Erlebnisse bzw. Ereignisse, die Du als Niederlagen und Erfolge erlebt hast? Wie hast Du Höhen und Tiefen verarbeitet? Woraus schöpfst Du Lebensmut für Dein langfristiges Engagement? Hast Du Visionen? Welche Perspektiven siehst Du in einer gewaltbereiten, ungerechten, zerstörerischen Welt?

Zu dieser bereits achten Tagung „‘We shall overcome!‘ Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht“ sind Menschen eingeladen, die sich ermutigen lassen wollen in ihrem eigenen Engagement für eine gerechtere, friedvollere und zukunftsfähige Welt. Unter anderem wird nach den Vorträgen Gelegenheit zum Austausch sein.

Am Sonntag, 18.10.2020, bietet eine Wanderung auf der Schwäbischen Alb die Möglichkeit, in Bewegung und in Gemeinschaft mit anderen das am Vortag Gehörte und Erlebte sich setzen zu lassen oder auch Gedanken darüber mit anderen auszutauschen.

→ Ausführliches Programm: *https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/aktionen/013039.html*

→ Konzert mit Thomas Felder: *https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/aktionen/013041.html*

Herbsttagung 27.-29. November 2020

Unter dem Titel **„Wenn sie sagen »Friede & Sicherheit« Die innere Logik des Friedens“** findet in diesem Jahr in bewährter Kooperation mit Quäkern und dem mennonitischen Friedenskomittee wieder eine Herbsttagung statt. Der Termin ist vom 27.- 29. November 2020. Es geht, angestoßen vom Szenario „Sicherheit neu denken“, um die Fragen, wie der Weg des Friedens auch das Bedürfnis nach Sicherheit berücksichtigen kann, wie die Spannung zwischen Frieden und Sicherheit zu überbrücken ist, und auch wie mit der Spannung zwischen dem Bedürfnis der Staaten nach Macht und unserem Bedürfnis nach Versöhnung und Frieden umzugehen ist. Unter der Fragestellung „Kann man Frieden und Sicherheit anarchistisch denken? wird am Freitagabend u.a. Ullrich Hahn einige Thesen vorstellen.

Anmeldung:
per E-Mail oder Post bis 15.10. an:
DMFK z.H. Brigitta Albrecht
Hauptstr. 1, 69245 Bammental
Tel: 06223 / 5140
Email: *brigitta.a@dmfk.de*

Die Corona-Lehre - von Thomas Gsella

Quarantänehäuser spriessen,
Ärzte, Betten überall
Forscher forschen, Gelder fliessen -
Politik mit Überschall
Also hat sie klargestellt:
Wenn sie will, dann kann die Welt

Also will sie nicht beenden
Das Krepieren in den Kriegen
Das Verrecken vor den Stränden
Und das Kinder schreiend liegen
In den Zelten, zitternd, nass.
Also will sie. Alles das.

Bild von Bela Geletneky auf Pixabay